

Jahrbuch für öffentliche Finanzen 2010

*Rede der Finanzministerin Heike Polzin
anlässlich der Vorstellung des „Jahrbuchs für öffentliche Finanzen 2010“
am 6. Juli 2010 in der Landesvertretung von M-V in Berlin*

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das „Jahrbuch für öffentliche Finanzen“ erscheint mit der Ausgabe „2010“ zum zweiten Mal. Nachdem im letzten Jahr mit Frau Sigrid Keler meine Vorgängerin im Amt die Vorstellung des Buches übernommen hatte, freue ich mich, dass ich in diesem Jahr diese Aufgabe übernehmen darf und dass nun sogar die Landesvertretung Mecklenburg-Vorpommerns Ort dieser ersten öffentlichen Präsentation ist. Ich erlaube mir die Hoffnung, dass dies nicht nur etwas damit zu tun hat, dass wir gute Gastgeber sind, sondern Sie auch deshalb gerne zu uns kommen, weil solide Finanzpolitik seit langem einen hohen Stellenwert in unserem Land genießt

Ob dies tatsächlich der Fall ist oder ob ich übertreibe, davon können Sie sich zum Glück anhand des neuen „Jahrbuchs“ selbst ein Bild machen. Denn dies ist – auch in der aktuellen Ausgabe – die große Leistung dieses Projektes: Anhand knapper und auch für den Laien verständlich geschriebener Einzelberichte zu allen Bundesländern kann man in kurzer Zeit einen guten Überblick über die Finanzsituation aller Länder erhalten. Bevor dieses Buch im letzten Jahr erschienen ist, war dies oftmals Insider-Wissen von Haushaltsabteilungen der Finanzministerien.

Dabei haben es die Herausgeber und Autoren des Jahrbuchs aber nicht belassen: Während das letzte Jahrbuch Ende 2009 erschien und die Finanzsituation des Jahres 2008 in den Blick nahm, ist es diesmal gelungen, schon vor der Sommerpause die Daten für das Vorjahr zusammenzutragen und zu veröffentlichen. Damit ist eine Aktualität erreicht, die kaum zu übertreffen ist und dieses Buch noch hilfreicher werden lässt. Hinzu kommen weitere Verbesserungen, Veränderungen und Erweiterungen, die auf den Wünschen der Leser beruhen und heute sicher noch angesprochen werden. Besonders möchte ich jedoch all jenen, die sich nicht jeden Tag mit der öffentlichen Finanzsituation beschäftigen, das Überblickskapitel am Beginn der Länderberichte zur Lektüre empfehlen. Spannend, einleuchtend und in unterhaltsamer Sprache wird hier auf 20 Seiten noch einmal das finanzpolitische Jahr 2009 resümiert: Finanzkrise, Föderalismusreform, Konjunkturprogramme, Kommunalfinanzen, Landesbanken, Bildungsgipfel – mit diesen Stichworten spult sich dieses ereignisreiche Jahr wie ein Film vor den Augen des Lesers ab. Auch mir sind bei der Lektüre aufregende und schwierige Momente des letzten Jahres wieder bewusst geworden.

Meine Damen und Herren,

da es meine Aufgabe heute aber nicht ist, Ihnen dieses lesenswerte Buch im Detail vorzustellen, erlauben Sie mir ein paar Worte aus Sicht der Finanzministerin eines kleinen ostdeutschen Bundeslandes. Mecklenburg-Vorpommern ist mit seinen 1,6 Mio. Einwohnern und seinen kleinen und mittelständischen Unternehmen in der globalen Wirtschaftsordnung wie ein Kieselstein in der Brandung. Von Schwerin aus wird weder die Welt gerettet noch Deutschland stabilisiert. Wir sind von einer stabilen volkswirtschaftlichen Entwicklung in Gesamtdeutschland und darüber hinaus abhängig. Insofern könnte ich hier und heute nicht über einen noch ausgeglichenen Haushalt in unserem Land berichten, wenn nicht die große Koalition in Berlin vor knapp zwei Jahren so be-

herzt und dennoch verantwortungsvoll agiert hätte. Niemand wagte es damals vorherzusagen, ob ein Kollaps der Finanzmärkte vermieden werden kann. Heute wissen wir: Es ist gelungen, allerdings zu einem hohen Preis. Und wir wissen: Aus der Finanzkrise ist eine Wirtschaftskrise geworden – Bund, Länder und Kommunen spüren dies noch immer schmerzhaft bei ihren Steuereinnahmen.

In diesem Jahr werden wir im Landeshaushalt rund 750 Mio. Euro weniger Steuern einnehmen als noch im Jahr 2008. Im Vergleich zum Gesamtvolumen unseres Haushaltes sind dies mehr als 10 Prozent, die uns an Einnahmen fehlen werden. Das ist ein bisher noch nie dagewesener Einbruch, den sich vorher niemand hätte vorstellen können. Trotz allem haben wir in Mecklenburg-Vorpommern noch immer einen ausgeglichenen Landeshaushalt. Das ist eine Erfolgsgeschichte, auf die wir stolz sein können, die aber auch erklärungsbedürftig ist.

Zum Ersten: Wir würden in diesem Jahr keinen ausgeglichenen Haushalt schaffen, wenn wir erst im letzten Jahr mit dem Sparen angefangen hätten. Solides Haushalten ist eine sehr langfristige Angelegenheit. Spätestens seit 1996 zeichnet sich unsere Finanzpolitik dadurch aus, dass man nicht bei Steuereinbrüchen hektisch zum Rotstift greift und in guten Steuerjahren euphorisch neue Ausgabenprogramme beschließt. Nachhaltige Finanzpolitik heißt, dass man in langen Zeiträumen denkt, dass man den hohen Personalbestand in der Landesverwaltung in Kooperation mit den Betroffenen reduziert und dass man bei tendenziell steigenden Steuereinnahmen die Ausgaben stabil hält, um zusätzliche Spielräume zu gewinnen.

Zum Zweiten: Aus Krisen muss man lernen und dann auch handeln. Viele haben es vielleicht schon vergessen: Aber wir hatten in den Jahren 2002/2003 mit dem Platzen des „Neuen Marktes“ und der „New-Economy“-Blase die letzte große Krise, die ebenfalls zu dramatischen Steuereinbrüchen in den öffentlichen Haushalten führte. In Mecklenburg-Vorpommern wurde damals gehandelt: Entscheidend war sicher das Personalkonzept des Landes. Denn insbesondere der im Jahr 2004 beschlossene Personalabbau wirkt sich in den letzten Jahren deutlich auf den Haushalt aus. Am Jahresende 2010 werden wir im Vergleich zu 2004 rd. 7.500 Stellen abgebaut haben. Und bis zum Jahr 2020 werden weitere rund 3.000 Stellen gestrichen. Das ist mehr als ein Viertel der ursprünglichen Gesamtbeschäftigtenzahl. Und weniger Personal bedeutet auch weniger Ausgaben bei den sächlichen Verwaltungsmitteln. Hintergrund für diesen einschneidenden Reformplan waren eigene Ländervergleiche mit westdeutschen Flächenländern.

Der dritte Grund für unseren Erfolg ist: Wir sind nicht übermütig geworden. Auch in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen ist die Landesregierung immer vorsichtig geblieben. Anders als der Bund und viele andere Bundesländer haben wir die steigenden Steuereinnahmen der Jahre 2007 und 2008 nicht dazu genutzt, um in gleichem Umfang neue Ausgabenprogramme aufzulegen. Davon profitieren wir jetzt. Denn mit den Haushaltsüberschüssen der vergangenen Jahre haben wir eine Ausgleichsrücklage angelegt, die zum Jahreswechsel einen Bestand von rund 730 Mio. Euro umfasste. Diese brauchen wir nun dringend, um im Doppelhaushalt 2010/2011 die einbrechenden Steuereinnahmen zu kompensieren und eine Neuverschuldung des Landes zu verhindern.

Insofern ist es nur zu begrüßen, dass sich die Bundesregierung endlich von ihren Plänen verabschiedet hat, die Steuern noch weiter massiv zu senken. Und ich spreche hier nicht nur als Finanzministerin eines Bundeslandes. Ich spreche hier auch als Bürgerin der Bundesrepublik Deutschland, die große Sorge hat, dass sich unser Staat in eine Schuldenspirale begibt, aus der es kein Entrinnen mehr gibt. Denn wir können in Mecklenburg-Vorpommern noch so vorbildliche Haushaltspolitik betreiben – wir sind Teil eines Bundesstaates und wenn der Gesamtstaat ins Wanken gerät, bleiben wir nicht unverschont. Die Vorgänge in Griechenland und die Angriffe von Spekulanten auf den Euro zeigen, dass solide Haushaltsführung keine Tugend von langweiligen Ewiggestrigen ist, sondern Voraussetzung für eine stabile Wirtschaftsordnung. So schafft z.B. erst die hohe Verschuldung vieler europäischer Länder die Ursache dafür, dass der Euro angreif-

barer wird. Insofern sind ausufernde Staatsschulden nicht nur gefährlich für die Volkswirtschaft eines Landes, sondern für die Demokratie an sich. Wenn die Bürgerinnen und Bürger den Eindruck gewinnen, dass die Regierung und die Parlamente machtlos gegenüber Einzelnen werden, die ihre Gewinninteressen auf Kosten des Gemeinwohls durchsetzen wollen, dann gerät Vieles ins Wanken.

Insofern dürfen wir es uns auch nicht zu einfach machen, indem wir nur mit dem Finger auf die „Spekulanten“ oder auf gierige Bankmanager und Investmentbanker zeigen. Auch wir sind gefragt! Denn zu oft verwechseln wir, dass mehr Geld für eine offensichtlich sinnvolle Sache nicht gleichbedeutend mit guter und erfolgreicher Politik ist. So bedeuten beispielsweise Mehrausgaben für Bildung noch lange nicht, dass unsere Schulen und Hochschulen auch tatsächlich klügere junge Menschen verlassen. Zuallererst muss es Aufgabe der Politik sein, zu überprüfen, ob die derzeit eingesetzten Mittel sinnvoll und zielführend verwendet werden. Leider ist dies viel komplizierter als der populäre Ruf nach immer mehr Geld. Aber meines Erachtens ist dies die eigentliche und vordringliche Verantwortung, die wir haben.

Meine Damen und Herren,
selbstverständlich ist die Sanierung des Bundeshaushaltes ein völlig anderer Kraftakt als die Sanierung eines Landeshaushaltes. Nicht nur, weil das politische System weitaus komplexer ist und die Handelnden unter einem ungleich höheren öffentlichen Druck stehen, sondern auch, weil der Bundeshaushalt eine völlig andere Struktur hat. Während die Länderhaushalte vor allem durch Personalkosten, Investitionsausgaben und Zuweisungen an die Kommunen geprägt sind, ist der Bundeshaushalt vor allem ein Haushalt der Leistungsgesetze. Und nicht zu vergessen: Der Bund hat mit der Steuerkompetenz den entscheidenden Schlüssel für die Entwicklung der Einnahmeseite aller öffentlichen Haushalte in der Hand! Eine Sanierung des Bundeshaushaltes muss demnach auch beide Seiten berücksichtigen: Ausgabenkürzungen und Einnahmeerhöhungen sind angesichts der dramatischen Situation der öffentlichen Finanzen die Gebote der Stunde. Ich bin fest davon überzeugt, dass dies Akzeptanz bei der Bevölkerung finden kann, allerdings nur dann, wenn die Menschen davon überzeugt sind, dass es beim Sanieren gerecht zugeht. Darüber, ob dies auch auf das aktuelle Sparpaket der Bundesregierung zutrifft, wird derzeit heftig diskutiert. Ich habe da erhebliche Zweifel – will dies jedoch an dieser Stelle kurz halten – wir haben sicher in der anschließenden Diskussionsrunde noch Gelegenheit, darüber zu sprechen.

Meine Damen und Herren,
wie Sie bemerkt haben, bin ich davon überzeugt, dass die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte nicht von Naturgewalten abhängig ist, sondern durch bewusstes politisches Handeln gestaltet werden kann. Insofern ist es noch ziemlich ungewiss, was die hoffentlich noch folgenden „Jahrbücher für öffentliche Finanzen“ der kommenden Jahre beinhalten werden. Um so wichtiger ist es, dass es sie gibt und dafür möchte ich den Herausgebern und zahlreichen Autoren ausdrücklich danken!

Es gilt das gesprochene Wort.